



Die Preise senken!

Description

Unter diesem Titel stellt Prof. H.-W. Sinn, ifo-Institut, unter Bezug auf die neuesten Eurostat-Zahlen zur Entwicklung des Preisindex der selbst erzeugten Waren (BIP-Deflator) fest: In den meisten Euro-Krisenländern gibt es keinerlei Tendenz zur realen Abwertung. „Eine reale Abwertung durch Senkung der Preise gegenüber den Wettbewerbern im Euroraum ist aber das einzige Mittel, die Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen. Auch eine Senkung der Lohnstückkosten durch Produktivitätszuwächse kann die Wettbewerbsfähigkeit nur in dem Maße erhöhen, wie sie tatsächlich eine Preissenkung bewirkt.“ Schmerzliche Einschnitte beim Staatsetat verbessern die Wettbewerbsfähigkeit nicht.

Die Wettbewerbsfähigkeit der Krisenländer ging in der mit dem Euro eingeleiteten Phase des billigen Kredits verloren. Es entstanden Leistungsbilanzdefizite und riesige Außenschulden. Da die Kapitalmärkte diese Defizite nicht mehr zu finanzieren bereit sind, schreibt Sinn, muss der Rückwärtsgang bei den Preisen eingelegt werden.

Der ist aber offenbar blockiert: In 2010 war die Inflation in einigen Krisenländern zwar hinter den anderen Ländern der Eurozone ein wenig zurückgeblieben, aber aktuell zeigt sich in Portugal und Griechenland gegenüber dem Rest der Eurozone im Jahresvergleich ein praktisch unverändertes Preisniveau. In Italien und Spanien ist es sogar leicht gestiegen.

Irland setzte hingegen mit einer relativen Preissenkung von 2,2% den seit dem Platzen der irischen Immobilienblase im Jahr 2006 eingeleiteten Abwertungstrend fort. Insgesamt ist das irische Preisniveau in den zurückliegenden fünf Jahren im Vergleich zu den Wettbewerbern im Euroraum um 15% gesunken. Das irische Leistungsbilanzdefizit wird für 2011 mit einem Plus von 0,7% erwartet. Ein Teil dieses Erfolges beruht darauf, dass Irland seine Außenschulden nahezu vollständig mit selbst gedrucktem Geld zurückgezahlt hat (bei 1% Soll-Zinsen des EZB-Systems). Gleichzeitig stieg der ohnehin schon hohe Handelsbilanzüberschuss Irlands weiter. Die Wende konnte geschafft werden, weil Irland über ein leistungsfähiges Exportgewerbe verfügt, resümiert Sinn.

Bei Griechenland ist das anders(herum). Die EU-Hilfen haben die griechischen Unternehmer vom Export in den Importsektor getrieben, hier ließ sich leichter Geld verdienen. Nach Sinn bilden die Importeure nun ein Bollwerk gegen die Deflation. Die aber sei die einzige Möglichkeit, die griechische Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen: Sie lenkt die griechische Nachfrage von Importprodukten auf heimische Produkte um und würde auch den Tourismus beflügeln.

Sinn weiter: „Da das prozentuale griechische Leistungsbilanzdefizit dreimal so groß wie das irische war, müsste Griechenland um etwa die Hälfte abwerten, um den gleichen Erfolg zu erzielen. Es ist nicht vorstellbar, dass es das ohne bürgerkriegsähnliche Zustände innerhalb der Eurozone schaffen kann.“

Neben den Importeuren verhindern auch die Gewerkschaften die Deflation, weil sie sich Lohnsenkungen widersetzen. Und staatliche und private Schuldner befürchten die Überschuldung, wenn ihre Vermögenswerte und Einkommen nominal fallen.

Die neuen Beschlüsse der EU-Länder lassen Griechenland weitere 237 Mrd. Euro zukommen. Das ist etwa 30% mehr als das griechische Nationaleinkommen. Das aber zementiert die hohen Preise und die daraus folgende mangelnde Wettbewerbsfähigkeit. Die Folge wird nach Sinn sein, dass die Schulden erneut anwachsen und so allmählich auch die Bonität der solideren Länder der Eurozone untergraben.

Daran aber könnte der Euro letztlich zerbrechen, schreibt Sinn. Innerhalb der Gemeinschaftswährung schafft nur die Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit durch Preisanpassung Leistungsbilanzüberschüsse und versetzt die Krisenländer in die Lage, Auslandsschulden zu tilgen.

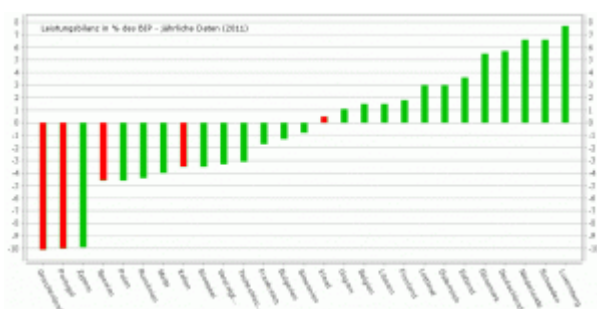
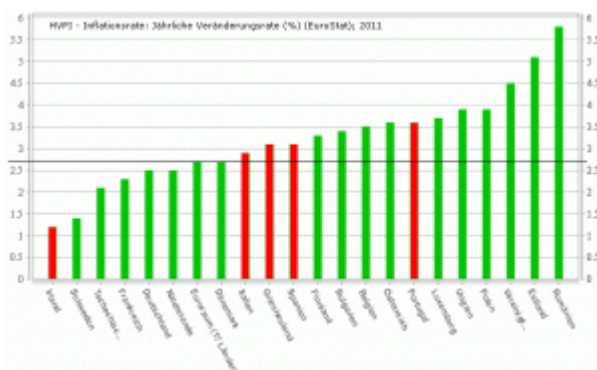
Als Alternative bleibt, dass die Länder, die den deflationären Weg nicht gehen wollen, zeitweilig aus dem Euro ausscheiden und so Preise und Schulden abwerten. Zwar müssten die Gläubigerländer in diesem Fall hohe Abschreibungsverluste in Kauf nehmen. „Sie würden aber dennoch mehr Geld zurück erhalten, als wenn die Krisen-Länder im Euro verblieben, denn neue Prosperität der Krisenländer ist die einzige Chance, überhaupt irgendwelches Vermögen zu retten,“ schreibt Sinn abschließend und beruft sich auf ausländischen Beistand: Kenneth Rogoff, ehemals Chefökonom des IWF, hält diesen Weg ebenfalls für richtig.

Erschienen: ifo Standpunkt Nr. 133; 16. März 2012

Ergänzung:

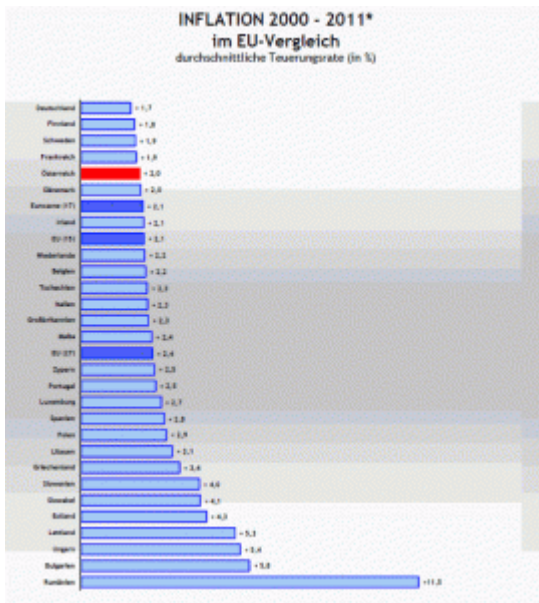
Wie sich die aktuelle Situation der Eurozone im Laufe der Jahre entwickelt hat: Siehe Artikel "[Eurozone – von Anfang an daneben](#)"!

Zur Darstellung des "Status quo":



Um Chart anzeigen

Land	2000-2001	2001	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011*	2012*	2013*	
Belgien	2,0	2,2	1,5	1,9	2,0	2,2	1,6	4,5	0,0	2,3	2,3	2,0	1,9
Dänemark	1,6	1,7	1,8	1,2	1,9	2,2	2,1	2,8	0,2	1,2	2,4	1,7	1,2
Estland	3,5	4,9	1,4	3,0	4,1	4,4	6,7	10,6	0,2	2,7	5,2	3,3	2,0
Finnland	1,4	2,0	1,3	0,1	0,6	1,3	1,6	2,9	1,4	1,7	2,2	2,4	1,8
Frankreich	2,0	1,7	2,2	2,3	1,9	1,9	1,6	3,2	0,1	1,7	2,2	1,8	1,4
Grünländ	2,8	3,3	5,4	3,0	3,8	3,3	3,0	4,2	1,3	4,7	3,0	6,8	6,8
Irland	3,4	1,1	4,8	2,3	2,2	2,7	2,9	3,1	-1,7	-1,6	1,1	6,7	1,2
Italien	2,4	2,0	2,8	2,8	2,1	2,1	2,0	3,8	0,8	1,8	2,7	2,0	1,9
Luxemburg	2,0	2,5	2,5	3,2	3,0	3,0	2,7	4,1	0,8	2,8	2,6	2,1	2,5
Malta	2,4	2,4	1,9	2,7	2,9	2,6	3,7	4,7	1,8	2,8	2,6	2,2	2,3
Niederlande	2,0	1,5	2,2	1,4	1,5	1,7	1,6	2,2	1,8	0,9	2,5	1,9	1,2
Österreich	1,9	1,8	1,2	2,0	2,1	1,7	2,2	2,2	0,4	1,7	2,4	2,2	2,1
Portugal	2,2	1,7	2,3	2,5	2,1	2,0	2,4	2,7	-0,9	1,4	2,5	2,0	1,5
Schweden	8,9	2,3	8,4	7,8	2,8	4,3	1,9	2,9	0,9	0,7	4,0	1,7	2,1
Slowakei	5,6	2,9	5,7	3,7	2,5	2,8	3,8	5,8	0,9	2,1	1,9	1,3	1,2
Spanien	3,2	2,4	3,1	3,1	3,4	3,6	2,8	4,1	-0,2	2,8	3,0	1,1	1,3
Zypern	2,5	2,3	4,8	1,9	2,0	2,1	2,2	4,4	0,2	2,6	3,4	2,8	2,3
Eurozone (17)	2,3	1,9	2,1	2,1	2,2	2,2	2,1	3,9	0,3	1,4	2,4	1,7	1,4
Bulgarien	5,5	6,4	2,3	6,1	6,0	7,4	7,6	12,8	2,5	3,9	2,6	3,1	3,0
Dänemark	1,9	2,1	2,0	0,9	1,7	1,9	1,7	3,4	1,1	2,2	2,6	1,7	1,6
Grünländ	1,5	2,7	1,4	1,3	2,1	2,2	2,2	3,6	2,2	2,3	4,5	2,9	2,0
Litauen	4,1	4,7	2,8	4,2	4,9	6,6	10,1	10,3	3,3	-1,2	4,2	2,4	2,0
Litauen	0,9	5,2	-1,1	1,2	2,7	3,8	5,8	10,1	4,2	1,2	4,0	2,7	2,8
Polen	2,7	3,0	0,7	2,4	2,2	1,3	2,4	4,2	4,0	2,7	2,7	2,7	2,9
Rumänien	10,3	6,2	10,3	11,9	9,1	6,6	4,9	7,9	3,8	4,1	3,9	2,4	2,4
Schweden	1,7	2,1	2,5	1,0	0,8	1,8	1,7	3,3	1,9	1,9	1,8	1,3	1,4
Tschechien	2,0	2,6	-0,1	2,4	1,6	2,1	3,0	6,3	0,6	1,2	1,8	2,7	1,6
Ungarn	8,8	8,3	4,7	4,8	3,8	4,0	7,9	6,0	4,0	6,7	4,0	4,8	4,1
EU (18)	2,1	2,1	2,0	2,0	2,1	2,2	2,2	3,3	0,7	1,9	2,4	1,9	1,7
EU (27)	2,0	2,0	2,1	2,1	2,2	2,3	2,4	3,7	1,0	2,1	2,6	2,0	1,8
Island	3,4	8,9	1,4	2,2	1,4	4,4	3,4	12,2	10,2	7,8	4,1	2,4	2,2
Kroatien	2,9	3,0	2,4	2,1	3,0	3,1	2,7	5,8	2,2	1,1	2,1	1,8	1,7
Niederlande	1,7	2,9	1,2	6,4	6,5	3,2	2,3	3,3	-0,8	1,8	2,0	2,5	2,3
Türkei	20,0	6,7	25,3	10,1	8,1	9,3	8,8	10,4	6,3	6,6	6,5	7,2	7,2
Schwiz	0,0	0,9	0,4	0,8	1,2	1,1	0,7	2,4	-0,3	0,7	0,4	0,3	-
Norwegen	1,5	2,2	2,8	0,5	1,5	2,5	3,7	3,4	2,3	2,3	1,5	1,6	1,8
USA	2,4	2,2	2,3	2,7	3,4	3,2	2,8	3,8	-0,4	1,6	3,2	1,8	2,2
Japan	-0,4	-0,1	-0,2	0,8	-0,3	0,3	0,0	1,4	-1,4	-0,7	-0,2	-0,1	0,8



Quelle für die letzten zwei Charts [hier](#), davor EuroStat